

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

17.4.1866 (No. 90)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 17. April.

N. 90.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gefaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

† Berlin, 16. Apr. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ widerlegt das Gerücht von einem Handreich des Kaisers von Oesterreich an den König von Preußen, sowie die Gerüchte über den Rücktritt des Grafen Bismarck. — Sie erklärt, die rumänische Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern sei in keiner Weise ein Akt der preussischen Staatspolitik, sondern nur eine Angelegenheit des Fürstenhauses.

† Jassy, 15. Apr. Zweihundert von Muruz und Rosnovano Angehörige versuchten einen Separatisten-Aufstand. Die Polizei zerstreute dieselben und vertrieb Muruz. Zweihundert russische Unterthanen, welche sich im Hause Rosnovano's verschanzt hatten, schossen auf die Truppen, welche das Feuer erwiderten. Das Volk nahm nicht Theil.

† Jassy, 16. Apr. Ruhe vollkommen hergestellt. Muruz und Genossen sind nach Rußland geflohen. Der Metropolit und die Bojaren Rosnovano und Lacesco wurden verhaftet. Der russische Postdirektor sprach zur Menge. Das Regiment, welches den Aufstand unterdrückte, besteht aus Moldauern. Die ganze Moldau hat einstimmig für Hohenzollern votirt.

† Bukarest, 15. Apr. Abends. Die Abstimung ist fast in allen Städten beendet. Hohenzollern erhielt Einstimmigkeit.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 16. Apr. 8. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchl. Präsidenten Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Auf der Regierungsbank: Staatsminister Stabel, Ministerialdirektor Geh. Rath Jungmann, später Staatsrath Vogelmann.

Nach Eröffnung der Sitzung werden dem hohen Hause vom Präsidium verschiedene Mittheilungen von Seiten der Zweiten Kammer zur Kenntniß gebracht, hierauf die neuen Einkünfte, sowie einige Kommissionsberichte angezeigt. Nach diesem erhält zunächst

Geh. Rath Bluntzli das Wort, der unter Bezugnahme auf die jüngste Verhandlung des andern Hauses bemerkt, daß auch die Erste Kammer über die Frage, wie Baden sich zu dem preussischen Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments zu stellen habe, sein völliges Stillschweigen beobachten dürfe. Er wünscht, daß dieselbe in der nächsten Sitzung irgendwie zur Sprache gebracht werde, und behält sich erforderlichen Falls eine Interpellation vor.

Staatsminister Stabel erinnert, daß doch wohl irgend eine bestimmte Form werde gefunden werden müssen, in welcher die Frage zur Sprache zu bringen sei.

Geh. Rath Bluntzli erklärt sich dahin, die Form der Interpellation zu wählen.

Von Seiten des Präsidiums erfolgt die Zusage, den Gegenstand demnächst auf die Tagesordnung zu setzen.

Es wird hierauf zur Berathung des von dem Prälaten Hölzmann erstatteten Kommissionsberichts über den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Einzelhaft in den Weibstrafanstalten übergegangen.

Die wesentlichen Artikel des Regierungsentwurfs lauten: Art. 1. Die gegen Personen weiblichen Geschlechts erkannten Zucht- und Arbeitstrafen werden künftig in Einzelhaft vollzogen. Art. 2. Die Bestimmungen der §§ 2 bis 9 und 11 bis 15 des Gesetzes vom 6. März 1845 über den Strafvollzug im Männerzuchthaus gelten auch für den Vollzug der im Art. 1 erwähnten Strafen, jedoch mit der Aenderung, daß dem Aufsichtsrath gestattet ist, weibliche Sträflinge nach Erhebung von zwei Dritttheilen ihrer Einzelhaft, insofern und so lange er ihr Besondere nach ihrem Betragen und nach ihren Eigenschaften für unnachtheilig hält, außerhalb der Zelle, aber innerhalb der Räume der Strafanstalt in Gemeinschaft zu beschäftigen. Die Strafabtönung (§ 7 des Gesetzes vom 6. März 1845) bleibt in solchen Fällen unverändert.

Der Berichterstatter erörtert in einem einleitenden Vortrag, anknüpfend an den Kommissionsbericht, den Hauptpunkt, worauf es bei der Beurtheilung des vorliegenden Gesetzesentwurfs ankommt. Die Einzelhaft hat sich bei den männlichen Sträflingen als eine Wohlthat und sittliche Förderung bewährt. Unstreitig ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, daß auch den weiblichen Sträflingen diese Wohlthat nicht entzogen bleibe. Dem stand bisher nur das Bedenken entgegen, ob die weibliche Natur eine solche Abschließung ohne körperlichen und geistigen Nachtheil ertragen werde, ob die Einzelhaft nicht von zerstörender Wirkung für das weibliche Seelenleben sei. Der Berichterstatter spricht sich schließlich dahin aus, daß einer so dringenden rechtlichen und sittlichen Forderung gegenüber nicht auf die Erfahrungen zu warten gewesen wäre, die in der fraglichen Beziehung anderwärts gemacht würden; wenn es notwendig sei, gewisse Erfahrungen zu machen, so sei es nicht recht, nach einer Maxime zu handeln, die, wenn sie allgemein würde, gar keine Erfahrungen möglich machte.

Staatsminister Stabel: Die Gerechtigkeit fordere selbstverständlich, daß den Frauen eine Wohlthat nicht versagt werde, die den Männern zu Theil werde. Die Frage sei nur gewesen, ob die beabsichtigte Wohlthat wirklich auch eine Wohlthat und nicht eine gefährliche Erschwerung sein würde. Es seien desfalls Erfahrungen in andern Ländern gesammelt worden; dieselben seien bis jetzt noch nicht so ausgiebig, daß ganz sicher festzustellen, ob die Einzelhaft gegenüber Weibern genau die gleichen Wirkungen äußere wie Männern gegenüber; doch sei es immerhin an der Zeit, den Versuch zu machen, und die Regierung habe, dem bereits beim vorigen Landtag fundgegebenen Wunsch der Kammer entsprechend, diesen Gesetzentwurf zur Vorlage gebracht.

Fehr v. Aulow fragt an, ob die Regierung ihrerseits keine Versuche gemacht habe, die Wirkung der Einzelhaft wenigstens in einzelnen Fällen aus eigener Erfahrung kennen zu lernen.

Geh. Rath Jungmann erinnert, daß der früher gestellte Antrag, den Versuch mit der Einzelhaft weiblicher Sträflinge zu machen, seiner Zeit von der Zweiten Kammer aus den bekannten Bedenken zurückgewiesen worden. Zur Beruhigung derjenigen Mitglieder, welche jetzt noch Zweifel bezüglich der Wirkung dieser Einrichtung hegen, macht er Mittheilungen aus Berichten über die Ergebnisse derselben bei zwei auswärtigen Strafanstalten, Kaiserslautern und St. Georgen, welche sehr zu Gunsten der Einführung der Einzelhaft in Weibstrafanstalten sprechen, indem die Sträflinge, wenn die ersten Wochen überstanden, die Einsamkeit ihrer Zelle lieb gewinnen, die zuvor schmerzlich vermiedene Gesellschaft von Gleichartigen fürchten und weit entfernt, an Körper oder Geist Schaden zu leiden, zu innerem Frieden gelangen und für die Zukunft gute Vorsätze fassen. (Schluß folgt.)

† Karlsruhe, 14. Apr. Bericht über die 23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, den preussischen Antrag auf Bundesreform betreffend.

Abg. Knies begründet seine gestern angekündigte Interpellation etwa in Folgendem: Das allgemeine Staunen über den Antrag sei begründet; der nächste Gedanke sei bei den Meisten gewesen: es könne unmöglich ernstlich gemeint sein. Er (Redner) theile diese Ansicht nicht, er glaube im Gegentheil, Pflicht und Klugheit gebieten, daß der bedeutungsvolle Antrag am Bund aufgenommen werden und daß die Sache, nicht die Umstände, unter welchen sie hervortritt, unserer Beurtheilung zu Grunde gelegt werden müsse. Die Ansichten seien verschieden, ja vielleicht herrsche jene überwiegend, welche ein ablehnendes Verhalten für geeignet halte; allein den Gründen der einen Ansicht ständen immer solche in entgegengegesetztem Sinn entgegen. Man zweifle z. B. an dem Mann der politischen Rücksichtslosigkeit; aber auf der andern Seite sage man, solche Schritte bedürften wohl eines rücksichtslosen Mannes, und es handle sich ja nur um einen Antrag, worüber der Bund entscheiden solle. Dritte sagen, die deutsche Volksvertretung sei schon lange der Gegenstand deutscher Sehnsucht, aber der Vorschlag hätte nicht gerade von Preußen kommen sollen, wo Regierung und Volksvertretung einander feindlich gegenüber ständen. Aber Andere entgegneten, es sei gerade wichtig, daß eben Preußen den Vorschlag mache, denn da sei mehr Hoffnung vorhanden, als wenn er von kleinen Mittelstaaten gekommen und Preußen ihm entgegengetreten wäre, wie dies jetzt wohl von manchem Mittelstaat zu erwarten stehe. Er habe die Ueberzeugung, daß man über alle Klippen hinaustommen werde. Es herrsche vom Kaiser von Oesterreich an bis auf den niedersten Mann unserer Stadt keine Meinungsverschiedenheit bezüglich der Nothwendigkeit der Aenderung der deutschen Bundesverfassung. Er sehe keine andere Hilfe für Deutschland, als wenn das deutsche Volk durch seine Vertreter ein Wort mitzusprechen habe bei Leitung seiner Geschicke. Wenn diese Volksvertretung das unvermeidliche Mittel sei, uns zu helfen, so seien wir verpflichtet, es auch zu ergreifen, wo wir es haben können, und mitzuwirken zur Herstellung einer neuen deutschen Bundesverfassung — ohne Hintergedanken. Redner behält sich einen Antrag vor und will vorerst nur die Frage an die großh. Regierung richten, in welchem Verhältnis sie sich zu diesem wichtigen Ereigniß befinde.

Die Erklärung des Staatsministers Fehr v. Edelsheim haben wir bereits mitgetheilt.

Abg. Knies: In so bedeutungsvoller Lage und wo es sich um so Großes handle, sollte doch eine entschiedenere Stellung genommen werden, insbesondere auch bezüglich der Mitwirkung zur Gründung einer deutschen Volksvertretung; denn dadurch werde ein großer Theil der Fragen beseitigt werden, welche ohnedies an uns heranzutreten drohen. Deshalb stelle er den Antrag, die Kammer wolle im Hinblick auf die von großh. Regierung abgegebene Erklärung der großh. Regierung die vertrauensvolle Erwartung aussprechen: Großh. Regierung wolle für Herstellung einer deutschen zentralen und nationalen Volksvertretung thätigst besorgt sein.

Staatsminister Fehr v. Edelsheim: Auf die eben gemachten weiteren Ausführungen des Hrn. Interpellanten müßte er wiederholen, daß er im Namen der großh. Regierung ausdrücklich erklärt habe, sie werde jedem Versuch zu einer derartigen Bundesreform nicht bloß kein Hinderniß bereiten, sondern denselben unterstützen. Er habe nichts gegen den Antrag, glaube aber bereits die Bereitwilligkeit zu dem erklärt zu haben, was der Hr. Antragsteller wolle. So lange man von den preussischen Vorschlägen keine nähere Kenntniß habe, werde gewiß Niemand von der großh. Regierung erwarten, daß sie mehr sage. Das sei eben unmöglich.

Abg. Eckhard: In diesem Hause sei wohl zuerst der Ruf nach einer deutschen Volksvertretung erklingen, und in nicht langer Zeit auch die Bewirkung erfolgt. Damals ging ein frischer und froher Muth durch die Nation, jetzt aber vermiffen wir die Frische und Frohheit, doch an dem Muth soll es nicht fehlen. Daß die großh. Regierung vorsichtig sei, anerkenne er dankbar, aber andere Gründe sprechen für u. s. Wir können nur an unsere Wünsche die Hoffnung knüpfen, sie möge unsern Bestrebungen hilfreich entgegenkommen. Jetzt sei es Pflicht der deutschen Volksvertreter, ungeschminkt der Wahrheit Zeugniß zu geben; es werde von gewisser Seite nur zu viel diplomatisch, und zwar so, daß die Wahrheit oft ganz verschwindet. Redner wirft einen Rückblick auf das deutsche Verfassungsleben seit 60 Jahren. Die erste Organisation ging von den Fürsten aus, ein Zoll der Dankbarkeit für das Volk, welches große Opfer gebracht. Dem Volke, das auf dem Schlachtfeld sich bewährt, versprach man Theilnahme an der innern Leitung der Geschicke. Gehen wir aber den ganzen folgenden Zeitraum durch, so finden wir, daß man sich nach Befreiung der Gefahr kaum des Versprechens mehr erinnerte. Das Parlament von 1848/49 habe uns eine Erbschaft hinterlassen, die wir nicht leichtfertig preisgeben dürfen. Das Volk habe damals seine Schuldigkeit gethan, aber die Regierungen hätten unterlassen, dem guten Körper einen Kopf aufzusetzen, es blieb nur ein Rumpf. Von da an ging's rückwärts. Zweimal trat Schleswig-Holstein in den Vordergrund. Wie diese Frage das erste Mal gelöst wurde, ist noch in Aller Erinnerung. Das zweite Mal haben die sog. deutschen Vormächte Schleswig-Holstein an sich gerissen und behandelt es als eine Art Kriegsbeute; sie streuten sich um deren Theilung. Die erste Karte wurde ausgespielt, sie hieß Krieg, Deutschland war einig, es will ihn nicht; die zweite wurde ausgespielt, Parlament, und fand das deutsche Volk nicht mehr so einig. Es wurde abgelehnt, es wurde beigegeben. Allein pure Verneinung darf man sich nicht verhalten, doch auch bei der Annahme stellt sich eine sehr getheilte Meinung heraus. Redner markirt die preussischen Zustände. Trotz Alledem müsse das deutsche Volk den Vorschlag annehmen, doch mit Reserven, die geboten seien. Dem deutschen Volk gehöre die Zukunft; die Wahrheit und Gerechtigkeit wird siegen.

Abg. Döhrcher: Der Ernst der Lage sei groß, Aufgabe der Volksvertreter und der Regierungen sei gewissenhafte Prüfung der Frage und kräftiges Handeln. Seine Ansicht sei kurz die: Durch die schleswig-holsteinische Frage ist die alte Rivalität der zwei deutschen Großmächte aufs neue ausgebrochen. Preußen will Schleswig-Holstein sich einverleiben, Oesterreich widerstrebt. Beide rüsten, jeder will schrecken. Jetzt kommt die drohende Gefahr des Krieges. Bei diesen Verhältnissen sei es von großer Bedeutung, welche Stellung die Mittelstaaten einnehmen; der Vorschlag am Bund bezwecke zunächst nur die Trennung und Spaltung derselben. Dennoch solle man auf das Projekt eingehen und vermeiden, Preußen zu schwächen, das berufen sei, in der Zukunft für Deutschland kräftig zu wirken. Er habe die Ueberzeugung, daß es Preußen mit der Lösung der deutschen Reformfrage ernst sei; es könne nur eine befriedigende Lösung wollen, weil sie allein für Preußen Gewinn sei, und eine ungenügende Lösung seiner Machtstellung schade. Bayern habe sich schon bestimmt für das preussische Projekt erklärt, für Württemberg und Baden erübrige nur, darauf einzugehen, für letzteres spreche besonders die Gefährlichkeit seiner Lage. Für alle liege im Eingehen der Vortheil der Vermeidung des Krieges. Selbst Oesterreich werde sich, so hoffe er, nicht verneinend zur Frage verhalten. Sache des deutschen Volkes sei es, die rechten Männer zu wählen; doch fürchte er, die deutsche Demokratie werde wiederum das Werk verrichten. Gelinge der Versuch der Reform, so werde hoffentlich ein Zustand geschaffen, der einigermaßen befriedige; es sei wenigstens ein Anfang, das Bessere solle dann der Zukunft überlassen werden. In diesem Sinn stimme er für den Antrag.

Abg. Knies: Auch er stimme dem gestellten Antrag bei und ersuche die großh. Regierung, mit deren Erklärung er ganz einverstanden sei, für das Zustandekommen eines deutschen Parlamentes nach Kräften zu wirken, aber allerdings eines Parlamentes nicht in der Richtung, welche man dem Hrn. v. Bismarck wohl zutrauen dürfe, sondern in dem Sinn einer Volksvertretung mit wirklich konstitutionellen Rechten und mit einer kräftigen Zentralgewalt. Wir sind seit einiger Zeit aus einer Ueberraschung in die andere, aus einem Enttaumen in das andere geworfen worden. Unsere Ueberraschung wuchs, als die Eine der Großmächte

Staatsminister Fehr v. Edelsheim: Auf die eben gemachten weiteren Ausführungen des Hrn. Interpellanten müßte er wiederholen, daß er im Namen der großh. Regierung ausdrücklich erklärt habe, sie werde jedem Versuch zu einer derartigen Bundesreform nicht bloß kein Hinderniß bereiten, sondern denselben unterstützen. Er habe nichts gegen den Antrag, glaube aber bereits die Bereitwilligkeit zu dem erklärt zu haben, was der Hr. Antragsteller wolle. So lange man von den preussischen Vorschlägen keine nähere Kenntniß habe, werde gewiß Niemand von der großh. Regierung erwarten, daß sie mehr sage. Das sei eben unmöglich.

Abg. Eckhard: In diesem Hause sei wohl zuerst der Ruf nach einer deutschen Volksvertretung erklingen, und in nicht langer Zeit auch die Bewirkung erfolgt. Damals ging ein frischer und froher Muth durch die Nation, jetzt aber vermiffen wir die Frische und Frohheit, doch an dem Muth soll es nicht fehlen. Daß die großh. Regierung vorsichtig sei, anerkenne er dankbar, aber andere Gründe sprechen für u. s. Wir können nur an unsere Wünsche die Hoffnung knüpfen, sie möge unsern Bestrebungen hilfreich entgegenkommen. Jetzt sei es Pflicht der deutschen Volksvertreter, ungeschminkt der Wahrheit Zeugniß zu geben; es werde von gewisser Seite nur zu viel diplomatisch, und zwar so, daß die Wahrheit oft ganz verschwindet. Redner wirft einen Rückblick auf das deutsche Verfassungsleben seit 60 Jahren. Die erste Organisation ging von den Fürsten aus, ein Zoll der Dankbarkeit für das Volk, welches große Opfer gebracht. Dem Volke, das auf dem Schlachtfeld sich bewährt, versprach man Theilnahme an der innern Leitung der Geschicke. Gehen wir aber den ganzen folgenden Zeitraum durch, so finden wir, daß man sich nach Befreiung der Gefahr kaum des Versprechens mehr erinnerte. Das Parlament von 1848/49 habe uns eine Erbschaft hinterlassen, die wir nicht leichtfertig preisgeben dürfen. Das Volk habe damals seine Schuldigkeit gethan, aber die Regierungen hätten unterlassen, dem guten Körper einen Kopf aufzusetzen, es blieb nur ein Rumpf. Von da an ging's rückwärts. Zweimal trat Schleswig-Holstein in den Vordergrund. Wie diese Frage das erste Mal gelöst wurde, ist noch in Aller Erinnerung. Das zweite Mal haben die sog. deutschen Vormächte Schleswig-Holstein an sich gerissen und behandelt es als eine Art Kriegsbeute; sie streuten sich um deren Theilung. Die erste Karte wurde ausgespielt, sie hieß Krieg, Deutschland war einig, es will ihn nicht; die zweite wurde ausgespielt, Parlament, und fand das deutsche Volk nicht mehr so einig. Es wurde abgelehnt, es wurde beigegeben. Allein pure Verneinung darf man sich nicht verhalten, doch auch bei der Annahme stellt sich eine sehr getheilte Meinung heraus. Redner markirt die preussischen Zustände. Trotz Alledem müsse das deutsche Volk den Vorschlag annehmen, doch mit Reserven, die geboten seien. Dem deutschen Volk gehöre die Zukunft; die Wahrheit und Gerechtigkeit wird siegen.

Abg. Döhrcher: Der Ernst der Lage sei groß, Aufgabe der Volksvertreter und der Regierungen sei gewissenhafte Prüfung der Frage und kräftiges Handeln. Seine Ansicht sei kurz die: Durch die schleswig-holsteinische Frage ist die alte Rivalität der zwei deutschen Großmächte aufs neue ausgebrochen. Preußen will Schleswig-Holstein sich einverleiben, Oesterreich widerstrebt. Beide rüsten, jeder will schrecken. Jetzt kommt die drohende Gefahr des Krieges. Bei diesen Verhältnissen sei es von großer Bedeutung, welche Stellung die Mittelstaaten einnehmen; der Vorschlag am Bund bezwecke zunächst nur die Trennung und Spaltung derselben. Dennoch solle man auf das Projekt eingehen und vermeiden, Preußen zu schwächen, das berufen sei, in der Zukunft für Deutschland kräftig zu wirken. Er habe die Ueberzeugung, daß es Preußen mit der Lösung der deutschen Reformfrage ernst sei; es könne nur eine befriedigende Lösung wollen, weil sie allein für Preußen Gewinn sei, und eine ungenügende Lösung seiner Machtstellung schade. Bayern habe sich schon bestimmt für das preussische Projekt erklärt, für Württemberg und Baden erübrige nur, darauf einzugehen, für letzteres spreche besonders die Gefährlichkeit seiner Lage. Für alle liege im Eingehen der Vortheil der Vermeidung des Krieges. Selbst Oesterreich werde sich, so hoffe er, nicht verneinend zur Frage verhalten. Sache des deutschen Volkes sei es, die rechten Männer zu wählen; doch fürchte er, die deutsche Demokratie werde wiederum das Werk verrichten. Gelinge der Versuch der Reform, so werde hoffentlich ein Zustand geschaffen, der einigermaßen befriedige; es sei wenigstens ein Anfang, das Bessere solle dann der Zukunft überlassen werden. In diesem Sinn stimme er für den Antrag.

Abg. Knies: Auch er stimme dem gestellten Antrag bei und ersuche die großh. Regierung, mit deren Erklärung er ganz einverstanden sei, für das Zustandekommen eines deutschen Parlamentes nach Kräften zu wirken, aber allerdings eines Parlamentes nicht in der Richtung, welche man dem Hrn. v. Bismarck wohl zutrauen dürfe, sondern in dem Sinn einer Volksvertretung mit wirklich konstitutionellen Rechten und mit einer kräftigen Zentralgewalt. Wir sind seit einiger Zeit aus einer Ueberraschung in die andere, aus einem Enttaumen in das andere geworfen worden. Unsere Ueberraschung wuchs, als die Eine der Großmächte

Abg. Knies: In so bedeutungsvoller Lage und wo es sich um so Großes handle, sollte doch eine entschiedenere Stellung genommen werden, insbesondere auch bezüglich der Mitwirkung zur Gründung einer deutschen Volksvertretung; denn dadurch werde ein großer Theil der Fragen beseitigt werden, welche ohnedies an uns heranzutreten drohen. Deshalb stelle er den Antrag, die Kammer wolle im Hinblick auf die von großh. Regierung abgegebene Erklärung der großh. Regierung die vertrauensvolle Erwartung aussprechen: Großh. Regierung wolle für Herstellung einer deutschen zentralen und nationalen Volksvertretung thätigst besorgt sein.

Die Erklärung des Staatsministers Fehr v. Edelsheim haben wir bereits mitgetheilt.

Abg. Knies: In so bedeutungsvoller Lage und wo es sich um so Großes handle, sollte doch eine entschiedenere Stellung genommen werden, insbesondere auch bezüglich der Mitwirkung zur Gründung einer deutschen Volksvertretung; denn dadurch werde ein großer Theil der Fragen beseitigt werden, welche ohnedies an uns heranzutreten drohen. Deshalb stelle er den Antrag, die Kammer wolle im Hinblick auf die von großh. Regierung abgegebene Erklärung der großh. Regierung die vertrauensvolle Erwartung aussprechen: Großh. Regierung wolle für Herstellung einer deutschen zentralen und nationalen Volksvertretung thätigst besorgt sein.

Abg. Knies: Auch er stimme dem gestellten Antrag bei und ersuche die großh. Regierung, mit deren Erklärung er ganz einverstanden sei, für das Zustandekommen eines deutschen Parlamentes nach Kräften zu wirken, aber allerdings eines Parlamentes nicht in der Richtung, welche man dem Hrn. v. Bismarck wohl zutrauen dürfe, sondern in dem Sinn einer Volksvertretung mit wirklich konstitutionellen Rechten und mit einer kräftigen Zentralgewalt. Wir sind seit einiger Zeit aus einer Ueberraschung in die andere, aus einem Enttaumen in das andere geworfen worden. Unsere Ueberraschung wuchs, als die Eine der Großmächte

die auch von ihr schwer verletzten und wie Makulaturpapier in einem Winkel geworfene Bundesakte plötzlich hervorholte, um mit dem § 11 die ganze Verantwortung des drohenden Bürgerkrieges der andern Großmacht zuzuwenden. Aber unser Erstaunen erreichte den Höhepunkt, als diese Großmacht, d. h. gerade jener Mann, nun auf einmal eine Vertretung des ganzen deutschen Volkes, und zwar mit allgemeinem direktem Wahlrecht, schaffen will.

Es liegt gewiß für jeden deutschen Patrioten in dem Worte „Parlament“, welches das Volk seit Jahrzehnten als den einzigen Rettungsanker in seiner bejammernswürdigen Zerfahrenheit betrachtet, ein wahrhaft elektrisirender Zauber. Dennoch sei er nur über ganze Berge von Zweifeln, Misstrauen und Besorgnissen zu dem Entschluß gekommen, dem Antrag des Interpellanten zuzustimmen. Er glaube, daß Bismarck nur einen kriegerischen Schachzug mache, besorge, daß es ihm nur um die Ausbreitung Preußens bis zur Mainlinie zu thun sei, und traue ihm zu, daß er einem etwaigen deutschen Parlament, wenn es die von ihm bezeichneten Grenzen der Reform zu überschreiten wolle, ebenfalls seine eiserne Faust zeigen werde. Trotz Alledem sei er zu der Ueberzeugung gekommen, man müsse das Anerbieten im Vertrauen auf die Macht des Volksgewisses annehmen. Der Fortbestand unserer jetzigen Zustände ist eine reine Unmöglichkeit. Die Bundesverfassung bedrückt nach keiner Seite hin.

Wenn aber dieses Verhältnis länger unmöglich ist, so bleibt nur die Wahl zwischen einer Bundesreform unter Zuziehung einer Volksvertretung, oder einem gänzlichen Auseinanderfallen. Träte Letzteres ein, so wären wir eine ziemlich sichere Beute des Auslandes. Es bleibt also für uns nichts anzustreben, als baldigste Umgestaltung der deutschen Verfassung.

Der Besitz unserer benedictenwüthigen bairischen Zustände beruht nur auf einem einfachen Schulschein. Wir müssen ein solches Gewährbuch uns zu verschaffen suchen, und dieses ist nur im deutschen Bundesstaat zu finden.

Man wendet nun freilich gegen den Bundesstaat ein, daß Oesterreich nicht hineingefügt werden könne, daß es ganz unmöglich sich zur Abgabe von so viel Souveränität verstehen könne, als absolut nothwendig ist, um eine kräftige deutsche Zentralgewalt zu bilden. Sein sehnsüchtigster Wunsch gehe dahin, daß auch der deutsche Volksstamm Oesterreichs mit dem ganzen übrigen Deutschland auf das engste verbunden werde. Wenn es aber auch jetzt sich herausstellen sollte, daß dies eine baare Unmöglichkeit ist, soll deshalb dann wieder jede engere Verbindung der übrigen deutschen Stämme unterbleiben? Nein.

Auch die Bundesreform habe ihre Gefahren, aber die Unterlassung der Reform sei noch weit gefährlicher. Wenn gleich drohende Gewitterwolken jetzt am Horizont schweben, sollen wir doch mit Entschlossenheit und Hoffnung der Zukunft entgegensehen im Hinblick auf die Worte des Dichters: „Aus der Wolke zuckt der Strahl ohne Wahl, aus der Wolke strömt der Regen, quillt der Segen.“ Hoffen wir, daß dieser Segen endlich niederquillt auf die ausgetrocknete nationale Flur unseres großen Vaterlandes!

Abg. Vagensteiner: In dem preussischen Projekt liege eine That, welche das deutsche Volk zu verwerten habe. Er will nicht untersuchen, ob das Misstrauen, sei es ein sachliches oder persönliches, gerechtfertigt sei. Eine Unterstützung der preussischen Bestrebungen wolle er nicht, sei aber der festen Ueberzeugung, daß es Preußen Ernst sei mit der Reform, und daß es das wirkliche Bedürfnis derselben fühle. Der jetzige preussische Antrag sei eine wirkliche That; er betone dies besonders, bloß aus Grund des Misstrauens könne man denselben sicher nicht ablehnen. Er wünsche, daß der Vorschlag allseits mit Energie und Begeisterung aufgenommen werde; er sei ihm kein Geschenk, sondern eine Gabe der Nothwendigkeit. Die befriedigende Lösung der Frage hänge von der Zähigkeit und Entschlossenheit des deutschen Volkes ab. Die Furcht, daß Preußen das Parlament, wenn einmal berufen, wieder fortschicken werde, sei nicht begründet. Er wünsche dem Werte Gottes Segen.

Abg. Prestinari: Daß eine Reform des Bundes, eine Nationalvertretung mit einer thatkräftigeren Zentralgewalt ein bringendes Bedürfnis sei, das haben wir schon so oft und bei jeder Gelegenheit so laut und nachdrücklich ausgesprochen, daß wir nicht nöthig haben, diesen Ausdruck jetzt zu wiederholen. Es könnte gleichwohl geschehen, und wenn unser Beschluß keine weitere Bedeutung hätte, wenn er, wie der Hr. Interpellant zu wollen scheint, ohne Rücksicht auf die Umstände, unter welchen er gefaßt wird, ohne Rücksicht auf die Lage, in der wir uns befinden, aufgesetzt würde. So wird man ihn aber nirgends aufpassen; man wird ihn mit der gegenwärtigen Lage in Verbindung bringen und in dieser Verbindung erhält er die besondere Bedeutung, daß die Kammer wünsche, die große Regierung möge sich der preussischen Politik anschließen, sie möge den neuesten Schritt des Grafen Bismarck unterstützen. Hiermit könne er sich aber nicht einverstanden erklären.

Nachdem Oesterreich auf gütlichem Wege nicht hat vermocht werden können, seinen Mitbesitz in Schleswig-Holstein an Preußen abzutreten, hat Graf Bismarck mit Krieg gedroht. Daß Preußen der drohende, Oesterreich der bedrohte Theil sei, darüber ist wohl Niemand im Zweifel; Oesterreich hat ja die dringendsten Gründe, einem Kriege, wo immer möglich, auszuweichen. Vielleicht ist es gerade diese Lage des Kaiserstaates, welche den Grafen Bismarck bestimmt hat, die Kriegsgefahr herauszuschwören. Da aber immerhin Oesterreich eine Armee hat, die nicht leicht zu bewältigen ist, so sucht Preußen Bundesgenossen; es unterhandelt mit Italien und hat die Regierungen der deutschen Mittelstaaten gefragt, ob sie im Fall eines Krieges mit Oesterreich auf preussischer Seite stehen werden. Die deutschen Regierungen haben auf Art. 11 der Bundesakte verwiesen, wonach sie verpflichtet sind, dem angegriffenen Bundesgliede gegen den Angreifer beizustehen. Diese Erwiderung hat in Deutschland allgemein befriedigt; man verabscheut einen Krieg zwischen den deutschen Großmächten, und dieses Gefühl wendet sich natürlich gegen den, der den Frieden stört. Darüber hat sich wohl auch

Graf Bismarck keine Täuschung gemacht, und da er es nicht gerathen fand, zum Krieg zu schreiten, während fast ganz Deutschland ihm gegenübersteht, so hat er sich zu einem Schritt entschlossen, der allerdings, man kann das nicht verkennen, vollkommen geeignet ist, einen Theil der deutschen Nation und der deutschen Regierungen auf seine Seite zu ziehen. Er hat darauf angetragen, daß ohne Verzug zur Reform des Bundes geschritten werde, und um auch den Kreisen gefällig zu erscheinen, mit welchen er sonst nicht sympathisirt, hat er zugleich die Einberufung einer Nationalversammlung vorgeschlagen. Daß es ihm damit Ernst sei, daß er wirklich meine, es könne in der gegenwärtigen Lage eine Bundesreform zu Stande kommen, das glaube ich nimmermehr. Es könnte ja nur geschehen, wenn beide Großmächte übereinstimmen, oder wenn die eine, die nicht zustimmt, so schwach oder nach andern Seiten so sehr engagirt wäre, daß sie keinen Widerstand leisten könnte. Oesterreich hat sich aber zu einer Reform, wie Preußen sie anstrebt, selbst in solchen Zeiten nicht herbeigelassen, wo beide Mächte in freundschaftlichen Beziehungen standen; wie kann man jetzt, wo sie in äußerster Spannung einander gegenüber stehen, an eine größere Willfährigkeit denken? Eben so wenig kann Graf Bismarck hoffen, daß Oesterreich außer Stand sei, Widerstand zu leisten; Preußen behauptet ja fortwährend, daß Oesterreich ihm schon jetzt kriegsgeräthet gegenüberstehe. Wir scheint, der preussische Minister könne nur die Absicht haben, die Reformverhandlungen so lange fortzusetzen, bis ihm die Lage günstig scheint, um zum Krieg zu schreiten.

Das seien nun freilich nur seine persönlichen Anschauungen; wenn man aber ihnen auch nicht beistimme, so begehe er immerhin nicht, wie man sich der Hoffnung hingeben könne, daß auf die Anregung und unter der Leitung des Grafen Bismarck eine Bundesreform zu Stande kommen könne, wie wir sie wünschen. Die ganze Vergangenheit des Mannes bürgt ja dafür, daß er, und zwar aus sehr guten Gründen, nur Preußen zu vergrößern und seine Macht zu verstärken sucht, daß er aber weit entfernt ist zur Gründung eines deutschen Reichs mitwirken zu wollen, welchem Preußen wie die übrigen deutschen Staaten sich unterzuordnen hätte. Die ganze Vergangenheit des Mannes bürgt dafür, daß er, weit entfernt, die freithätige Entwicklung, eine Entwicklung im Sinne größerer Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten irgendetwas begünstigen zu wollen, im Gegentheil stets bereit ist, sie mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Der Abg. Carhart hat die Erwartung ausgesprochen, daß, wenn einmal das Parlament versammelt sei, nicht mehr Graf Bismarck, sondern das Parlament die Lage beherrschen werde. Ich wüßte aber nicht, wie die Nation zu dem Enthusiasmus kommen sollte, der nöthig wäre, um dem Parlament eine Macht zu verleihen, die dem Grafen Bismarck imponiren könnte.

Bei diesen Ansichten scheint ihm kein Grund dafür vorzuliegen, daß die Kammer mit lebhafter Erwartung auf die preussischen Reformvorschlüge eingehe. Die Erklärung der großen Regierung müsse wohl als befriedigend anerkannt werden, und da wir zur Zeit nicht veranlaßt seien, die große Regierung nach irgend einer Seite hin zu drängen oder einen Druck auf sie auszuüben, so wäre der Uebergang zur Tagesordnung der geeignetste Beschluß. (Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 12 Apr. (N. C.) Wie man heute vernimmt, soll die Zahl der für die Armee anzukaufenden Pferde insofern wieder beschränkt worden sein, daß der Ankauf von Pferden für den Train vorerst noch zu unterbleiben hat.

München, 14. Apr. Die Bayer. Ztg. vernimmt, daß die bayerische Regierung bereits wiederholt Schritte gethan habe, um zu verhüten, daß die neuerlich eingetretene Spannung zwischen Oesterreich und Preußen zu ernstlichen Konflikten führe.

München, 14. Apr. (Münch. Kor.) Se. Maj. der König hat heute Nachmittag den königl. württembergischen Staatsminister Fehrn. v. Barnhüler empfangen, der hierauf mit Fehrn. v. d. Pfordten und einigen andern Staatsmännern an der königl. Tafel speiste. Hr. v. Barnhüler verkehrte heute viel mit dem gestern aus Wien hier eingetroffenen Hrn. Dr. Fröbel. — Heute Morgen ist Erzherzog Ludwig Viktor, der Bruder des Kaisers, aus Wien hier eingetroffen und machte im Lauf des Vormittags dem König die Aufwartung.

Eine bisher noch nirgends erwähnte Thatsache ist, daß unsere Regierung bereits vor drei Wochen mit der Gießstahl-Fabrik von Krupp in Essen einen Lieferungsvertrag über eine bedeutende Anzahl von gezogenen Kanonen, und zwar namentlich Festungsgeschütz, abgeschlossen hat. Wie wir ferner aus sicherer Quelle vernehmen, werden unsere Cadres demnächst auf den Kriegsfuß gebracht werden.

Der „Bayer. Kur.“ präzisirt seine neulichen Notizen über die Sistrung oder Verminderung der Pferdeankäufe für die Armee dahin, daß die Zahl der für den Train anzukaufenden Pferde (1460) auf die Hälfte reduziert wurde.

Wiesbaden, 14. Apr. In heutiger Sitzung der Ständeversammlung wurden die für 1866 bezüglich der Pariser Industrieausstellung angeforderten 5000 fl. einstimmig genehmigt.

Hamburg, 14. Apr. Der „Hamburg. Ztg.“ zufolge werden am Montag Morgen hier eintreffen und nach Schleswig weitergehen zwei Munitionskolonnen des schlesischen Feld-Artillerieregiments Nr. 6 mit Bedienungsmannschaften und 470 Mann vom 2. schlesischen Grenadierregiment Nr. 11, im Ganzen 10 Offiziere, 968 Mann und 67 Wagen.

Berlin, 12. Apr. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: „In Wien hat man kein Hehl daraus gemacht, daß der General Richter ein zum Frieden mahendes Schreiben des russischen Kaisers an Kaiser Franz Joseph überbracht habe. Hier befreiten seltsamer Weise die Offiziere, daß auch an König Wilhelm dergleichen russische Friedensmahnungen er-

gangen seien. Die Wahrheit aber ist, daß, wenn auch allerdings General Richter unserm Souverän nichts zu überbringen gehabt hat, dennoch sogar schon zweimal von Seite des russischen Kaisers befohlen wurde, die Friedens- und unsern König geschriebenen worden ist. Das erste Mal antwortete König Wilhelm, gutem Vernehmen nach, er habe die friedfertigsten Intentionen, werde aber von Oesterreich provoziert. Die zweite Friedensmahnung hat Prinz Georg von Meklenburg unserm König überreicht. Seine Sendung dürfte ungefähr der des Generals Richter nach Wien gleichzustellen sein.“

Berlin, 14. Apr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widerlegt die Angabe eines niederrheinischen Blattes, daß die Zusammenberufung des deutschen Parlaments erst zum 1. Sept. beabsichtigt sei, und sagt dann weiter:

Wir wiederholen noch einmal, was wir schon früher gesagt, daß der preussische Bundesreform-Antrag kein diplomatischer Schachzug, kein Kunstmittel für eine vorübergehende Situation, sondern eine unabwiesbare Nothwendigkeit geworden ist, ohne deren Förderung, wie die schleswig-holsteinische Angelegenheit es klar dargethan hat, Deutschland in Trümmer gehen müßte.

Ferner widerlegt das genannte Blatt die Nachricht, daß die Regierung damit umgehe, die Ditsch zu verkaufen; dies sei eine „grundlose, böswillige Erfindung.“

Seit einigen Tagen ist eine entschieden friedliche Stimmung bemerkbar; der Zeit nach fällt sie unzweifelhaft mit der Abgabe der letzten österreichischen Erklärungen zusammen, womit nicht gesagt sein soll, daß sie ihren einzigen Grund in den letzteren habe. Vererst mag es genügen, die Thatsache selbst zu konstatiren. Man führt diese Wendung auf die persönlichen Entschlüsse Sr. Maj. des Königs zurück, und knüpft daran begreiflicher Weise Gerüchte von Ministerveränderungen, die indes von der „Kreuz-Ztg.“ heute „als aus der Luft gegriffen“ bezeichnet werden. Dagegen ist Graf Bismarck krank ge worden; die „Kreuz-Ztg.“ schreibt:

Der Ministerpräsident Graf v. Bismarck ist seit mehreren Tagen an einem rheumatisch-nerösen Leiden erkrankt, welches derselbe sich durch seine anhaltende und angelegte Thätigkeit in den letzten Monaten zugezogen hat, indem er aus Mangel an Zeit sich sogar die nothwendige Bewegung versagen mußte. Die Aerzte haben dem Herrn Grafen unbedingte Ruhe und Enthaltung von den Geschäften empfohlen, welche Anordnung derselbe auch so weit zu befolgen genöthigt ist, als nicht die Verhinderung des Stillstandes der Geschäfte des Ministeriums ihn zu einer Theilnahme an denselben durchaus nöthig.

Wegen des Unwohlseins des Grafen Bismarck ist (der „Nat.-Ztg.“ zufolge) der Unterstaatssekretär v. Thile mit dem Empfang beauftragt worden, und Sr. Maj. dem König hat schon wiederholt der Geh. Legations- und vortragende Rath im auswärtigen Amt, A. Becken, Vortrag gehalten.

Die „Kreuz-Ztg.“ macht sich heute in ihrer Weise das Parla ment sproj ekt zurecht; sie sagt:

Die Befürchtung, daß eine deutsche Volksvertretung sich bis zu einem gewissen Grad als eine „konstituierende“ oder wenigstens als eine „mitkonstituierende“ gestalten müsse, dürfte nach den Vorkäufen der preussischen Regierung kaum begründet sein. Der preussische Vorschlag weist den deutschen Regierungen unsern Grachten durchaus die richtige Stellung an, indem er sowohl die Feststellung der, der deutschen Volksvertretung zu machenden, Vorkäufen, als auch den Umfang der, einer solchen beizulegenden, Befugnisse von einer vorgängigen Vereinbarung der deutschen Regierungen abhängig macht. Es würde deshalb lediglich die Schuld der deutschen Regierungen sein, wenn sie an diese Vereinbarung nicht mit dem vollen Bewußtsein des Ernstes der Lage heranträten. Zum Scherz und zum Experimentiren ist die Zeit nicht angethan, und jede deutsche Regierung wird sich selbst dafür verantwortlich zu machen haben, wenn die deutsche Volksvertretung ihr gegenüber nicht als eine beratende, sondern als eine „konstituierende“ erscheint.

Das Einheitsbedürfnis und Verlangen des deutschen Volkes — so weit es an sich berechtigt ist und von allen Seiten als ein berechtigtes anerkannt wird — muß seine Befriedigung finden; diese Befriedigung wird aber um so mehr eine der Partikular-Herrschaften günstige sein und sein können, je mehr die Fürsten von freien Stücken das in's Werk setzen, was von rechts und links als das Unentbehrliche hingestellt wird. Einer solchen Aufgabe gegenüber befinden sich die deutschen Fürsten heute noch in der günstigsten Lage, durch Nichts gebunden zu sein, so daß sie jeden etwa verfaulenden Uebergang mit Leichtigkeit in seine Schranken zurückweisen könnten. Daß aber ein deutsches Parlament schon an sich und lediglich durch seine Existenz die Souveränität der einzelnen deutschen Fürsten in Frage stellen sollte, ist nicht begründet; wir haben seiner Zeit fast das Umgekehrte, nämlich eine Steigerung und Schärfung des Partikularbewußtseins, erlebt.

Die Schlußfolgerung, welche sich hieraus ergibt, ist die, daß allerdings alle diejenigen, welche für Preußen die absolutistische Regierungsform anstreben, folgerichtig auch eine deutsche Volksvertretung verwertheten und verwerten müssen; aber für die, welche für den Staat der Gegenwart den Absolutismus als unmöglich und eine Volksobervertretung als unentbehrlich erachten, liegt kein Grund vor, ein „deutsches Parlament“ von vorn herein mit andern und ungünstigeren Augen anzusehen als das preussische. Es ist ja ein bekannter Erfahrungssatz, daß eine Gewalt die andere in dem Maße mehr gefährdet, als sie ihr sachlich und räumlich nahe steht.

Die „Spen. Ztg.“ schreibt: Vorgestern und gestern sind bei der Gardedivision von den eingezogenen Reservisten ein großer Theil der älteren Jahrgänge in ihre Heimath entlassen worden.

Berlin, 15. Apr. (Köln. Ztg.) Die von der „Koburg. Ztg.“ veröffentlichte österreichische Depesche vom 7. April soll sämtlichen deutschen Regierungen und den auswärtigen Höfen zugegangen sein. Man hält sie für authentisch. Spätere Erklärungen sollen auf die friedlichen Versicherungen hingewiesen haben, welche die Depesche trotz der energischen Form enthalte, aber die Angelegenheit scheint noch nicht erledigt. Die Nachricht eines Briefes des Kaisers Franz Joseph an den König Wilhelm wird stark bezweifelt. Die preussischen Vorschläge wegen der Bundesreform werden voraussichtlich zunächst in dem erwarteten Ausschuss des Bundestags zu Frankfurt, der wahrscheinlich angenommen wird, erfolgen. Eine preussische Zirkulardepesche, welche das Reformprojekt

3.g.590. Kehl. Im Gefühl des tiefsten Schmerzes geben wir auswärtigen Freunden und Bekannten die Trauerkunde von dem gestern Nacht um 1/2 12 Uhr erfolgten Hinscheiden unserer theuern unvergesslichen Tochter, Schwester, Schwägerin und Enkeltochter: **Amalie Maier**, in dem jugendlichen Alter von 17 Jahren und 5 Monaten.

Sie beschloß ihr irdisches Dasein in Folge eines bössartigen Nervenfiebers.

Wir bitten um stille Theilnahme.

Kehl, den 14. April 1866.

Die trauernden Hinterbliebenen, in deren Namen:
Der Großvater
Albert Maier — Senior.

Stellege such. 3.g.591. Ein gewandter Verkäufer, der die französische Sprache gründlich versteht, auch in Comptoirarbeiten bewandert ist, gute Zeugnisse besitzt, sucht zum baldigen Eintritt eine Stelle. Gef. Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes unter 3.g.591.

Fruchtversteigerung. 3.g.596. Karlsruhe. Donnerstag den 19. April d. J., Nachmittags 2 Uhr, werden auf dem marktgräßlichen Gut **Marimiliansau** am Rhein bei Knieflingen

ca. 61 Mtr. Winterweizen,
19 Sommerweizen,
5 Korn,
2 Welschkorn

öffentlich versteigert.
Karlsruhe, den 10. April 1866.
Die Gutverwaltung.

3.g.598. Frankfurt a. M.
Deutscher Phönix.
Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.
Die für das Jahr 1865 ausgegebenen Zins- und Dividende Coupons der Aktien des Deutschen Phönix werden für jeden Coupon

von Lit. A. mit 30 fl.
B. „ 15 fl.
C. „ 15 fl. 30 fr.

vom 16. April bis 15. Mai d. J. an jedem Werktag in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr an der Gesellschaftskasse (Kleiner Fischgraben 14) dahier, oder bei der Section des Deutschen Phönix und Herrn **Banier G. Kölle** in Karlsruhe eingelöst.

Später kann die Einlösung nur Dienstags und Freitags in den gedachten Vormittagsstunden stattfinden.
Frankfurt a. M., den 14. April 1866.

Der Verwaltungsrath.

3.g.347. Bad Gleisweiler.
Eisenbahnstation Landau in Rheinbayern.
Wasserkur und Dampfbäder zu jeder Jahreszeit, Mollenkur- und Kiefernadelbäder vom 1. Mai an. — Prospekt und nähere Auskunft durch
Dr. med. L. Schneider.

3.g.974. Mannheim.
Für Auswanderer nach Nord- u. Südamerika
und andern überseeischen Ländern.

Der Unterzeichnete concessionirte Hauptagent befehrt über

Antwerpen mit 3-Master-Regelsschiffen	jeden Monat 2 mal
Bremen „ Dampf- und Regelsschiffen	„ „ 2 „
Havre „ 3-Master-Regelsschiffen	„ „ 2 „
Hamburg „ Dampfschiffen	„ „ 2 „
Liverpool „ Dampfschiffen	jede Woche Mittwochs,
London „ Dampf- und Regelsschiffen	Freitags,
Rotterdam „ 3-Master-Regelsschiffen	jeden Monat 1 mal

Auswanderer und Reisende zu den billigsten Preisen, und dürfen sich dieselben, welche sich meiner Vermittlung bedienen, einer sorgfältigen Bekräftigung versichert halten.

Zu Vertragsabschlüssen empfehle ich
Der Bezirksagent:
Kommissionär C. Schmidt Karlsruhe.

Die Generalagentur in Mannheim:
Nich. Wisching.

Grosse silberne Ehren-Medaille und Ehren-Diplom.

Der Ausstellung in Linz vom 12. September 1865.

Heilung der Unterleibsbrüche.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die beste Behandlung der Brüche in der Anwendung einer guten Bandage besteht, und es ist unnütz, sich eines künstlichen Heilmittels zu bedienen, wie Salben und Pflaster. Durch die Anwendung einer guten Bandage wird viel zur Erleichterung beigetragen, bei noch jungen Leuten kann öfters eine gänzliche Heilung erfolgen; es ist erlaubt, daß die bis jetzt durch dieses Mittel erzielten Resultate jedoch sehr selten sind. Dies ist nicht der Fall mit den electro-pathischen Bandagen, welche den zweifachen Vortheil haben, daß sie ausgezeichnet die Brüche zurückhalten und außerdem denjenigen Personen, welche ihn tragen, durch ihre galvanische Kraft nützen.

Bereits seit langer Zeit haben verschiedene berühmte Aerzte die Electricität zur Behandlung der Brüche empfohlen, allein die Anwendung war eine sehr schwierige. Dank der genialen Erfindung des Professors **Lavedan** ist die Electricität jetzt zur Behandlung mit großem Erfolg und mit großer Leichtigkeit anwendbar. Wie uns die Erfahrung gelehrt hat, daß die beste Behandlung der Brüche in der Anwendung einer guten Bandage besteht, ist es heute erwiesen, daß, um sich der Heilung zu versichern, die Bandage schmerzfrei sein und außerdem mit einem guten electro-pathischen Apparat versehen sein muß; mit diesem Hilfsmittel versehen wirkt die Bandage nach 2 Seiten hin, durch die Anspannung und durch die galvanische Kraft.

Der Erfinder dieses Apparates hat in den Hauptstädten Europa's, wo ihn Patents ausgestellt worden, zahlreiche authentische Zeugnisse erhalten, aus welchen wir die folgenden citiren, die wir mit besonderer Beweislage der geheilten Personen veröffentlichen:

Der Unterzeichnete wurde durch die Anwendung der galvanischen Apparate des Herrn Professors **Lavedan** aus Paris von einem linken Leistenbruch, an dem er seit sechs Jahren leidet, in einem Zeitraum von fünf Monaten vollständig geheilt. Nicht nur im Gefühl des Dankes, sondern vorzugsweise im Interesse derjenigen, welche am gleichen Uebel leiden, gebe ich dieses Zeugnis zur gemeinen Kunde.

München, den 31. Mai 1865.
Josef Wastler, Kaufmann.

Ich Unterzeichneter bezeuge mit Vergnügen, seitdem ich den galvanischen Gürtel, welchen ich von Herrn Professor **Lavedan** aus Paris gekauft und getragen habe, von meinem großen Nabelbrücheiden ungemaine Erleichterung fühle und von dem größten Theil meiner Schmerzen befreit bin, weshalb ich daher sehr glücklich bin, ein Mittel gefunden zu haben, welches mir zur Erleichterung meines Leidens und meiner Schmerzen sehr wohl thut.

München, den 10. Juni 1865. Theresienstraße.
Victoria Schmidt, Private.

Ich Unterzeichneter bezeuge hiermit freiwillig und mit Vergnügen, daß mein Kind durch Anwendung des galvanischen Apparates des Herrn Professors **Lavedan** aus Paris innerhalb sechs Wochen von einem Leistenbruch vollständig geheilt wurde. In dem ich mich verpflichtet fühle, Herrn **Lavedan** meinen innigsten Dank dafür auszusprechen, wünsche ich nur, daß jeder an diesem Uebeln Leidende sich dieser wunderbaren Heilung bedienen möchte.

München, den 14. Juni 1865.
L. Anna Wegger.

(Diese Zeugnisse von München sind alle gerichtlich beglaubigt und gestempelt. Außerdem hat Herr **Lavedan** in vortrefflich noch viele Heilungen gemacht, welche hier nicht aufgeführt sind.)

Der Unterzeichnete erklärt hiermit, durch Anwendung der galvanischen Apparate des Herrn Professors **Lavedan** von Paris vollständig von einem Bruch geheilt zu sein, den er seit seinem zweiten Jahre hatte.

Boa (Kreis Rotenburg), den 3. Oktober 1864.
Daniel Kraff.

Die Unterzeichnete bezeugt hiermit, daß ihr 14jähriger Sohn, welcher von Kindheit an an einem Unterleibsbruch gelitten hat, in dem kurzen Zeitraum von 10 Tagen durch den galvanischen Apparat des Herrn **Lavedan** aus Paris geheilt worden ist, und drückt dieselbe dem genannten Herrn durch dieses Zeugnis ihre Erkenntlichkeit aus.

Rotenburg, den 23. Juli 1864.
Johann, Wermeyers-Wittwe.

Wolte die Unterschrift und das Siegel des Bürgermeisters zu Rotenburg in Hessen.)

Da mein Sohn **Simon**, 11 Jahre alt, welcher schon seit zwei Jahren an einem Unterleibsbruch gelitten, in 14 Tagen durch Ihren Apparat geheilt worden ist, fühle ich mich verpflichtet, Ihnen hierdurch meinen Dank abzusprechen, und wird die Wahrheit durch meine Namensunterschrift beglaubigt.

Rotenburg, den 28. Juli 1864.
George Saul.

Zeugen: **Wilhelm Hering, Simon Martin Saul, Großvater des Obgenannten.**

(Folgt die Unterschrift und das Siegel des Bürgermeisters.)

Die Unterzeichnete bezeugt, daß sie nach 10jährigem Leiden an einem Unterleibsbruch in einem Monat durch die galvanischen Apparate des Herrn Professors **Lavedan** radikal geheilt worden ist, und sie drückt ihm mit Vergnügen ihre Erkenntlichkeit durch dieses Zeugnis aus. Sie erklärt ferner, daß sie verschiedene andere Personen kenne, die wie sie geheilt worden sind, und jetzt kein Bruchband zu tragen nöthig haben. Sie ermächtigt Herrn **Lavedan**, von diesem Zeugnis die ihm nöthig scheinende Bekanntmachung zu geben.

Genf, den 13. Wintermonat 1863.
Wittwe Maria Bontelier.

Die Staatskanzlei des Kantons Genf bezeugt die Echtheit der Unterschrift der Wittwe **Bontelier**, geb. **Bron**, in Gendève (S. P. v. S. 8277.)

Genf, den 13. Wintermonat 1863.
George Saul.

(Folgt die Unterschrift des Bureauchefs der Staatskanzlei und das Staatsiegel.)

Der Unterzeichnete erklärt hiermit, durch Anwendung der galvanischen Apparate des Herrn Professors **Lavedan** aus Paris vollständig von einem Bruch geheilt zu sein, an dem er seit 9 Jahren litt.

Freiburg (Schweiz), den 9. Januar 1864.
Job. Georg Weis.

(Obiges Zeugnis wird durch den Herrn Friedensrichter beglaubigt.)

Die Unterzeichnete erklärt hiermit, durch die electro-pathischen Apparate des Herrn **Lavedan** von zwei Brüchen geheilt worden zu sein, welche sie seit 7 Jahren hatte.

Bern, den 21. Januar 64.
Frau Magd. Guagenin.

(Folgt die Beglaubigung des Herrn Notars Ludwig Bay zu Bern und die Staatskanzlei des Kantons Bern mit dem Staatsiegel.)

Ich Unterzeichneter bekenne hiermit der Wahrheit gemäß, daß ich von Herrn Professor **Lavedan** voriges Jahr von einem seit 23 und einem seit 1 Jahr gebatnen Bruch in Zeit von 2 Monaten ganz geheilt wurde, so daß ich jetzt der schwersten Arbeit wieder vorstehen kann, was mir früher unmöglich war.

Frauenberg, den 3. Oktober 1863.
Job. Georg Weis.

Obiges beglaubigt der Ortsvorstand mit Siegel: **Friedrich Schent, Schultheiß**, sowie das großherzogliche Landrathsammt mit Stempel zu **Waltershausen (Hessenw.)**.

Ich Unterzeichneter bestätige mit großem Dankgefühl, daß mein 5 1/2 Jahre alter Sohn in Zeit von 3 Wochen von einem linken Leistenbruch, den er mit zur Welt brachte, radikal geheilt wurde durch einen Apparat des Herrn Professors **Lavedan**, und möchte wünschen, daß jeder Leidende sich in der Art dieser wunderbaren Heilung unterziehen möchte.

Dieses Zeugnis ist der Wahrheit gemäß bestätigt durch Zeugen des Gemeindevorstandes nebst gerichtlichem Stempel.

Fraun bei Linz, den 4. Oktober 1865.
Johann Gädler.

Alle diese Zeugnisse sind von den hohen Staatsangestellten und den ersten Magistraten der Städte, wo die Heilungen erzielt worden, legalisirt.

Haupt-Depot für Deutschland in **Heidelberg** bei Herrn **Chirurg Surlebaus**, Hauptstraße 32.
3.g.573.

Kundmachung.

Für das k. k. österr. Festungs-Verpflegs-Magazin zu **Rastatt** werden im Wege einer schriftlichen Offerte-Beurteilung nachstehende Verpflegs-Verhältnisse sicher gestellt werden:

1130 Klafter weiches Holz	zum Auslangen vom 1. Juni 1866 bis Ende Mai 1867.
23576 St. Rührer Steinföhlen	
1578 Saarer Steinföhlen	

Lieferungs-Unternehmer werden aufgefordert, ihre Offerte längstens bis zum 24. April l. J., Vormittags 10 Uhr, in der k. k. Verpflegs-Magazins-Kanzlei (Mittlergasse Haus Nr. 84 1/2) abzugeben. Die wesentlichsten Bedingungen sind folgende:

- 1) Die Lieferung muß in R. D. Maß und Gewicht ganz vollkommen in die Magazine zu Rastatt bewirkt werden, und zwar:
 - 330 R. D. (oder 240 bairische) Klafter weiches Holz bis Ende Juli 1866,
 - 800 R. D. Klafter weiches Holz nur im eventuellen Bedarfsfalle und über Aufforderung des Verpflegs-Magazins,
 - 10376 R. D. St. Rührer Steinföhlen bis Ende Juli 1866,
 - 13200 R. D. St. Rührer Steinföhlen ebenfalls wie das Holz nur im eventuellen Bedarfsfalle und über Aufforderung des Verpflegs-Magazins,
 - 1578 R. D. St. Saarer Steinföhlen nach Maßgabe des Bedarfs bis Ende März 1867.

Für nicht angeforderte Quantitäten wird keine Entschädigung geleistet.

- 2) Die vorbeschriebenen Artikel müssen von besser Qualität sein, die Kosten in frischem, in ihrer Kraft nicht herabgekommenen Materiale, und zwar die Rührer für Hälfte in Säulen und zur Hälfte in Füllholz, die Saarfohle (Flammfohle) aber nur in größern Stücken ohne Gries, das Holz vom Schlage des verstorbenen Winters.

Ergleich wird beigelegt, daß eine R. D. Gebührens-Klafter Holz aus 8 Schuh Höhe, 6 Schuh Breite und 30 Zoll Scheitelhöhe (nach dem Wiener Längenmaß) nebst kreuzlos besteht.

- 3) Die Lieferungs-Offerte sind nach beigelegtem Formulare veriegelt abzugeben, und werden Nachtrags-Offerte nicht angenommen.
- 4) Die Offerte müssen mit dem zu erlegenden Validium (Reuegeld) von 5% der Geldbezeichnung der offerirten Artikel entweder in Baarem oder in k. k. österr. Staatspapieren nach dem Kurserwerthe versehen sein.

Die weiteren Bedingungen können täglich in der hiesigen k. k. Verpflegs-Magazins-Kanzlei eingesehen werden.

R. k. österr. Festungs-Verpflegs-Magazin zu Rastatt, am 31. März 1866.

Offerte-Formulare.

Ich Endbegertigter, wohnhaft in (Ort und Land), erkläre hiermit in Folge der Ausschreibung vom 31. März 1866, niederösterreich. (Benennung des Artikels) zu fl. kr., (Währung) unter genauer Zuhaltung der landgemachten Bedingungen und Beobachtung aller sonstigen für solche Lieferungen bestehenden Kontrahierungs-Vorschriften in das k. k. österr. Verpflegs-Magazin zu Rastatt kostenfrei liefern und für dieses Offert mit der erlegten Kaution von fl. kr. haften zu wollen.

Den 1866.

R. N. Vor- und Zuname, Stand oder Charakter.

Formulare für das Couvert über das Offert.

An
bas k. k. österr. Festungs-Verpflegs-Magazin zu Rastatt.

Offert zur Behandlung in Folge der Kundmachung vom 31. März 1866.

Bedingter Zahlungsbefehl.

3.g.580. Nr. 510. Durlach.
In Sachen
Wagner hier gegen
Johann Franz, Maurer von hier,
Sohn von **Maurer Friedrich Franz** hier, abwesend von hier an unbekanntem Ort,
wegen Forderung von 24 fl. nebst 5 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1863, betrübend aus Darlehen und Zehrung (Kost) vom Jahr 1863,
ergeht auf Ansuchen des klagenden Theiles
Bechluss:
1) Dem klagenden Theile wird aufgegeben, binnen vierzehn Tagen entweder den klagenden Theil durch Zahlung der im Betreff beizulegenden Forderung zu befriedigen, oder zu erklären, daß er die gerichtliche Verhandlung der Sache verlan- gen, widrigenfalls die Forderung auf Ansuchen des klagenden Theiles für zugestanden erklärt würde.
Das Verlangen gerichtlicher Verhandlung kann entweder bei Zustellung dieses Befehles dem Gerichtshofen oder innerhalb der gegebenen Frist mündlich oder schriftlich bei Gericht erklärt werden.
2) Hieron erhält der klagende Theil Nachricht.
Dem Beklagten wird aufgegeben, binnen 8 Tagen einen bahier wohnenden Bevollmächtigten anzustellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie ihm eröffnet wären, an der diesseitigen Gerichtsstelle würden angehängen werden.
Durlach, den 12. April 1866.
Bürgermeisteramt.
K n a u s.

3.g.916. Nr. 3240. Stettinheim. (Bekanntmachung.) Die unter D. S. 3 in das diesseitige Register eingetragene Firma „S. Dreifuß“ zu Altdorf ist erloschen.
Stettinheim, den 13. April 1866.
Groß. bad. Bezirksamt.
S e n g l e r.

3.g.600. Nr. 3815. Staufsen. (Schuldenliquidation.) **Karl Weßlin**, Bäder von hier, beabsichtigt, mit seiner Ehefrau **Karolina**, geb. **Brugger**, und seinen drei Kindern **Gustav**, **Albert** und **Karl Weßlin** nach Nordamerika auszuwandern. Wir haben daher Tagelohn für Schuldenliquidation auf
Mittwoch den 25. d. Mts.,
Vorm. 9 Uhr,
in der diesseitigen Amtskanzlei angeordnet, und werden die etwaigen Gläubiger der Genannten aufgefordert, ihre Ansprüche an diese spätestens in der Tagelohn anzumelden, widrigenfalls der Reisepaß verabschiedet werden würde.
Staufsen, den 14. April 1866.
Groß. bad. Bezirksamt.
S i p p m a n n.

3.g.594. Nr. 2316. Pforzheim. (Erlebigte Gehilfenstelle.) Untere erste Gehilfenstelle mit jährlichem Gehalt von 400 fl. sofort zu besetzen. Einw. ige Bewerber um solche wollen unter Vorlage der ihr. ien zu Gebot stehenden Zeugnisse über ihre bisherige Beschäftigung und unter Angabe des Termins, auf welchem sie eintreten können, sich alsbald anher melde n.
Pforzheim, den 14. April 1866.
Gr. Oberinnehmer, Amts- und Wasser- und Straßenbauamt.
Reinh. r. d.

3.g.592. Nr. 616. Evgen. (Offene Gehilfenstelle.) Bei d. assilliger Kasse ist die Stelle eines Gehilfen mit einem Jahresgehalt von 400 fl. sofort zu besetzen. Einw. ige Bewerber um solche wollen unter Vorlage der ihr. ien zu Gebot stehenden Zeugnisse über ihre bisherige Beschäftigung und unter Angabe des Termins, auf welchem sie eintreten können, sich alsbald anher melde n.
Evgen, den 14. April 1866.
Groß. Eisenbahnbau-Kasse.
D i e m e r.

3.g.199. Bad Nassau a. d. Lahn, bei Ems.

Kaltwasserheilanstalt; Bäder in comprimierter Luft; Römische, Russische, Kiefernadelbäder, Electricität, Seilgymnastik, Mineralquelle.
Eröffnung am 1. Mai. Näheres der Prospekt.
Vorstehender des Verwaltungsraths:
Director Born.

Arzt:
Dr. Haupt.

3.g.601. Philippsburg.

Stammholzversteigerung.
In dem hiesigen Stadtwald **Molsan**, Distr. II., Abth. 1, werden
Freitag den 20. d. Mts.,